

Baustelle Demokratie | Wie stärken wir Teilhabe und Gerechtigkeit?

Demokratiedialog – Sa, 08.10.2016 – dock europe (Hamburg-Altona)

Forum: Starke Kommunen durch Inklusion!

Referent*innen: **Gönül Eğlence**, Sozialwissenschaftlerin, Bündnis 90/Die Grünen, Essen
Rita A. Herrmann, Politologin, Redakteurin „Alternative Kommunalpolitik, Hannover? Böll-Stiftung?
Karl-Martin Hentschel, Autor, Bundesvorstand Mehr Demokratie e.V.

Moderation: **Heino Schomaker**, Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Protokoll: Linda Marx

Protokoll zum Forum: Starke Kommunen für demokratische Inklusion!

Nach dem gemeinsamen Mittagessen ordneten sich die Veranstaltungsteilnehmer*innen den Foren zu, die sie vorher für sich ausgewählt hatten. Der Workshop „Starke Kommunen durch Inklusion!“ startete nach einer kurzen Einleitung durch Heino Schomaker, Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein. Nach einer kurzen Kennenlernrunde, in der sich sowohl die Referent*innen als auch die Teilnehmenden vorstellen durften, gab Karl-Martin Hentschel, freier Autor und Bundesvorstand des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“, einen inhaltlichen Einstieg in die Thematik.

In seinem Vortrag betonte er, dass Bürger*innen dieser Gesellschaft Personen und Institutionen, die in Kommunen tätig sind, ein größeres Vertrauen zusprechen als selbigen in höheren politischen Ebenen. Diesen Fakt führte er vor allem auf die dezentrale Wirkung der Kommunen zurück. Nach der Interpretation zahlreicher Statistiken, deren Fokus vor allem auf dem internationalen Vergleich lag, fasste der Referent zusammen, dass nur 16% der öffentlichen Ausgaben in Deutschland in den Kommunen erfolgen (Vgl. 20% Länderebene, 64% Bundesebene). Schaut man auf das internationale Ranking führt an dieser Stelle Dänemark mit 65% der öffentlichen Ausgaben auf kommunaler Ebene vor Japan, der Schweiz, Schweden und Finnland. Gerade die Kommunen skandinavischer Länder wurden von Karl-Martin Hentschel hervorgehoben. Im Vergleich zu den Kommunen in Deutschland sind diese deutlich größer und haben ein breites Aufgaben- und Entscheidungsspektrum und die dafür erforderliche finanzielle Autonomie. Sie sind als Träger kommunaler Einrichtungen auch wichtige Arbeitgeber. Der Referent schloss seinen Input mit einer Zusammenfassung der positiven Wirkung einer Stärkung der Kommunen in Deutschland. Er betonte jedoch auch, dass ein struktureller finanzieller Ausgleich geschaffen werden müsse, der im Kern gleiche Lebensbedingungen sichere und einer Aufspaltung in arme und reiche Kommunen entgegenwirke.

Nach dem inhaltlichen Einstieg widmete sich Rita Herrmann, Redakteurin der Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik (AKP), der Erörterung der Frage, was *gute* Kommunalpolitik ausmacht. Gleich zu Anfang betonte sie, dass sie den Dreh-

und Angelpunkt vor allem in der gemeinsamen Verantwortung von Akteur*innen und Bürger*innen für eine gelingende Politik in der Kommune sieht. Bürger*innen sollten das Recht bekommen, mitzureden (z.B. an Bebauungsplänen) und mitzuentcheiden (z.B. durch Bürger*innenbegehren/-entscheide). Um eine *gute* Kommunalpolitik zu ermöglichen, bedarf es einer Förderung inklusiver Maßnahmen, die die Referentin vor allem im Abbau von Bildungs- und Wissensdeterminanten, kommunikativer Hemmnisse und dem Stärken der Infrastruktur sieht. Entscheidungshoheiten und Befugnisse sollten hinterfragt und geklärt werden. Rita Herrmann sprach sich dabei für eine bewusste Themensetzung aus. *Leuchtturmprojekte* müssten eingedämmt werden, weil sie den Überblick über andere Themen erschweren. Alle Bürger*innen der Kommune sollten die Möglichkeit bekommen, politisch partizipativ zu handeln. Eine Möglichkeit, dieser Vorstellung näher zu kommen, sieht die Referentin in den Werkzeugen direkter Demokratie. Dies bringt jedoch auch Arbeitsbereiche zu Tage, die nicht als *Schönwetterthemen* gelten. Rita Herrmann beendete ihren Input mit den Worten, dass man die Demokratie auch manchmal *aushalten* solle.

Als dritte Referentin war Gönül Eğlence, Mitglied und Bildungsreferentin in der „Kommunalpolitischen Vereinigung „Grüne Alternative in den Räten NRW“ zu Gast. Sie fokussierte in ihren Ausführungen vor allem die Bedeutung des kommunalen Ehrenamts, welches im Unterschied zu höheren Ebenen Bürger*innen zu Politiker*innen und Politiker*innen zu Bürger*innen mache. Sie kritisierte jedoch an der ehrenamtlichen Arbeit die Problematik, dass es sich auf kommunaler Ebene um eine sehr einseitige Repräsentation handeln würde. Zahlreiche Statusgruppen könnten die politische Arbeit in Ausschüssen, Arbeitsgruppen oder Ämtern nicht mit den eigenen Lebensumständen vereinbaren. So würde der partizipative Gedanke kommunaler Arbeit ins Wanken geraten. Die Referentin ergänzte schlussendlich die Ausführungen ihrer Vorrednerin zu den Vorstellungen *guter* Kommunalpolitik mit Beispielen und Erfahrungen aus ihrer Stadt Essen sowie um weitere Gedanken direkter Demokratie. So betonte sie beispielsweise die Wirkung einer möglichen Umkehrung der Bringschuld (transparente Verwaltung), das Absenken der Quoren oder das Schaffen eines Kriterienkatalogs, der sich an den Grund- und Menschenrechten orientieren könne. Gönül Eğlence fasste ihr Gesagtes mit den Worten zusammen, dass sie sich vor allem inklusive Maßnahmen für kommunalpolitische Arbeit wünschen würde, um die Teilhabe für alle zu forcieren, politisches Interesse zu wecken und demokratische Prozesse zu stärken. Im Anschluss an die drei Inputs wurden die Teilnehmenden des Forums, die unterschiedlichen Bereichen zuzuordnen waren und differierende Zugänge betonten, gebeten, Fragen zu stellen und Gedanken zu äußern. Die darauffolgende Debatte spiegelte eine Zusammenfassung der zuvor benannten Werkzeuge und Methoden *guter* Kommunalpolitik wider. Kernfragen und – aussagen befassten sich vor allem mit der Schwierigkeit, möglichst vielen Menschen einer Kommune den Zugang zu politischer Partizipation zu ermöglichen bzw. Personen zu empowern sowie zu animieren, politisch interessiert zu handeln. Dazu wurden Vergleiche zu anderen Systemen, wie zum Beispiel der Schweiz, gezogen und erörtert. Die Teilnehmenden konnten aufbauend auf ihrem Erfahrungsschatz wichtige Beiträge zu Vor- und

Nachteilen der benannten Werkzeuge ergänzen. Die Referierenden rundeten das Gesagte durch das Beantworten von Verständnis- und Wissensfragen ab. So wurden beispielsweise Handlungsmöglichkeiten gesammelt, direkte Demokratie zu vereinfachen. Dafür wurde erneut das Absenken der Quoren betont, das Verlängern der Abstimmungszeit vorgeschlagen sowie die Häufigkeit von Bürger*innenentscheiden und –begehren thematisiert. Participation isn't nice to have – participation must be!